

<https://www.rbb-online.de/wirtschaft/thema/braunkohle/beitraege/brandenburg-lausitz-braunkohle-tagebau-jaenschwalde-wird-nicht-erweitert.html>



Video: rbb aktuell | 30.03.2017 | Andreas Rausch
Energiekonzern LEAG stellt Pläne vor-

Braunkohle-Tagebau Jänschwalde wird nicht erweitert

30.03.17 | 21:43 Uhr

Die Menschen am Tagebaurand Jänschwalde können aufatmen: der Vattenfall-Nachfolger LEAG wird vorerst keine neuen Tagebaue aufschließen. Das heißt:

Jänschwalde wird nicht erweitert - und Welzow-Süd auf Eis gelegt.

In der Lausitz knallen heute Abend wahrscheinlich die Korke - jedenfalls bei allen, die jahrelang von neu geplanten Braunkohle-Tagebauen bedroht waren. Seit Donnerstag haben sie Gewissheit, dass ihre Häuser nun doch nicht abgebagert werden. Denn die Lausitz Energie Bergbau AG, kurz LEAG, wird den Tagebau in Jänschwalde nicht erweitern. Das geht aus dem neuen Revierkonzept hervor, das die Vattenfall-Nachfolgerin am Abend in Cottbus bekanntgab. **Für die rund 900 Einwohner von Grabko, Atterwasch und Kerkwitz gehen damit zehn Jahre der Ungewissheit zu Ende:** Sie müssen nicht umgesiedelt werden, ihre Heimat bleibt erhalten.

Kohleförderung in Jänschwalde lohnt nicht mehr

Die LEAG begründet den Verzicht auf die Erweiterung von Jänschwalde damit, dass sich der Tagebau dort nicht mehr lohne. Das dazugehörige 40 Jahre alte Kraftwerk ist technisch veraltet. Und im Rahmen der Klimaschutzpläne der Bundesregierung geht einer der Kraftwerksblöcke ohnehin in Reserve. In der am Donnerstagabend veröffentlichten LEAG-Pressemitteilung heißt es dazu, dass das Revierkonzept "keinen Kraftwerksneubau am Standort Jänschwalde" und "keine Inanspruchnahme des Zukunftsfeldes Jänschwalde Nord" vorsehe. **Diese Investitionen seien vor dem Hintergrund der jüngsten bundespolitischen Entscheidungen "unternehmerisch nicht mehr vertretbar"**, sagte LEAG-Vorstandschef Helmar Rendez nach der Sitzung des Aufsichtsrats.

Der schwedische Staatskonzern Vattenfall, der bis zum vergangenen Jahr Betreiber des Lausitzer Braunkohle-Reviers war, wollte ab Mitte der 2020er-Jahre in Sachsen und Brandenburg mehrere neue Tagebaue aufschließen, darunter Jänschwalde-Nord (mit rund 250 Millionen Tonnen Braunkohle) und Welzow-Süd II (200 Millionen Tonnen).



Helmar Rendez, Vorstandschef der LEAG

Welzow-Süd II bis 2020 auf Eis gelegt

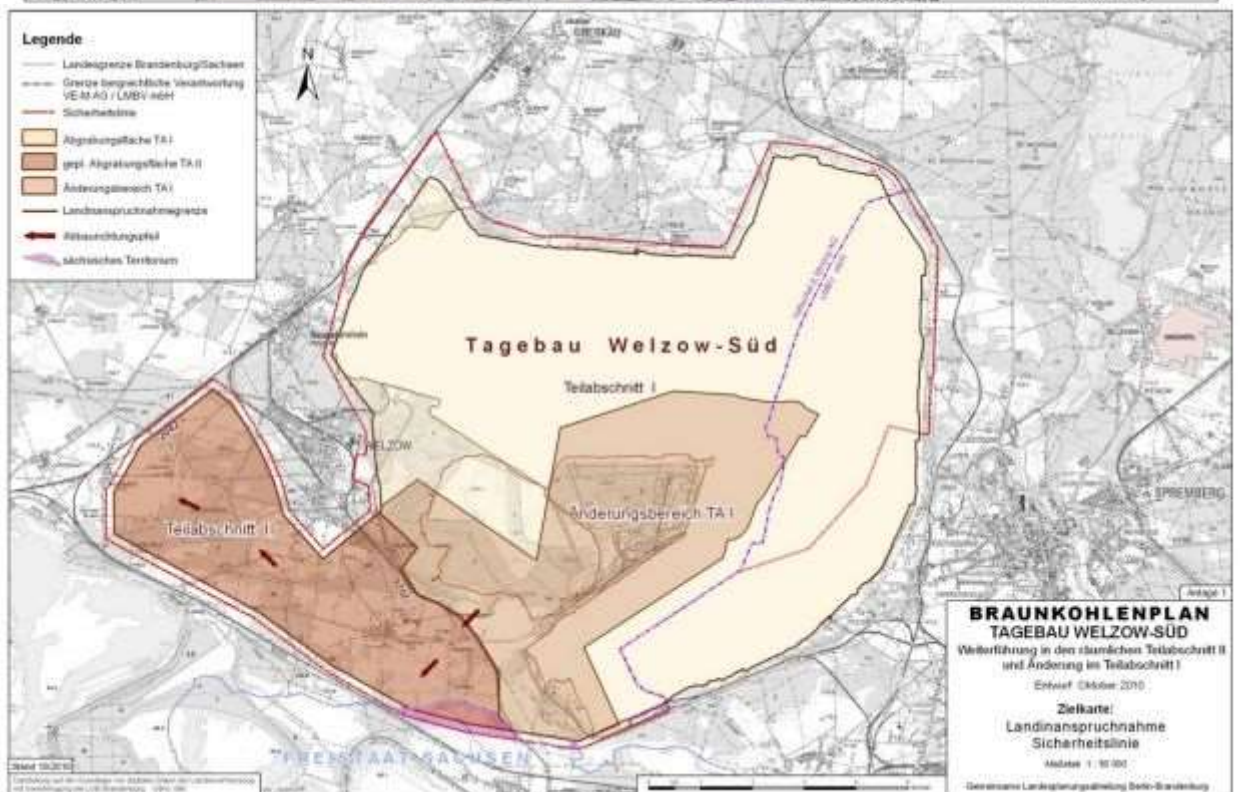
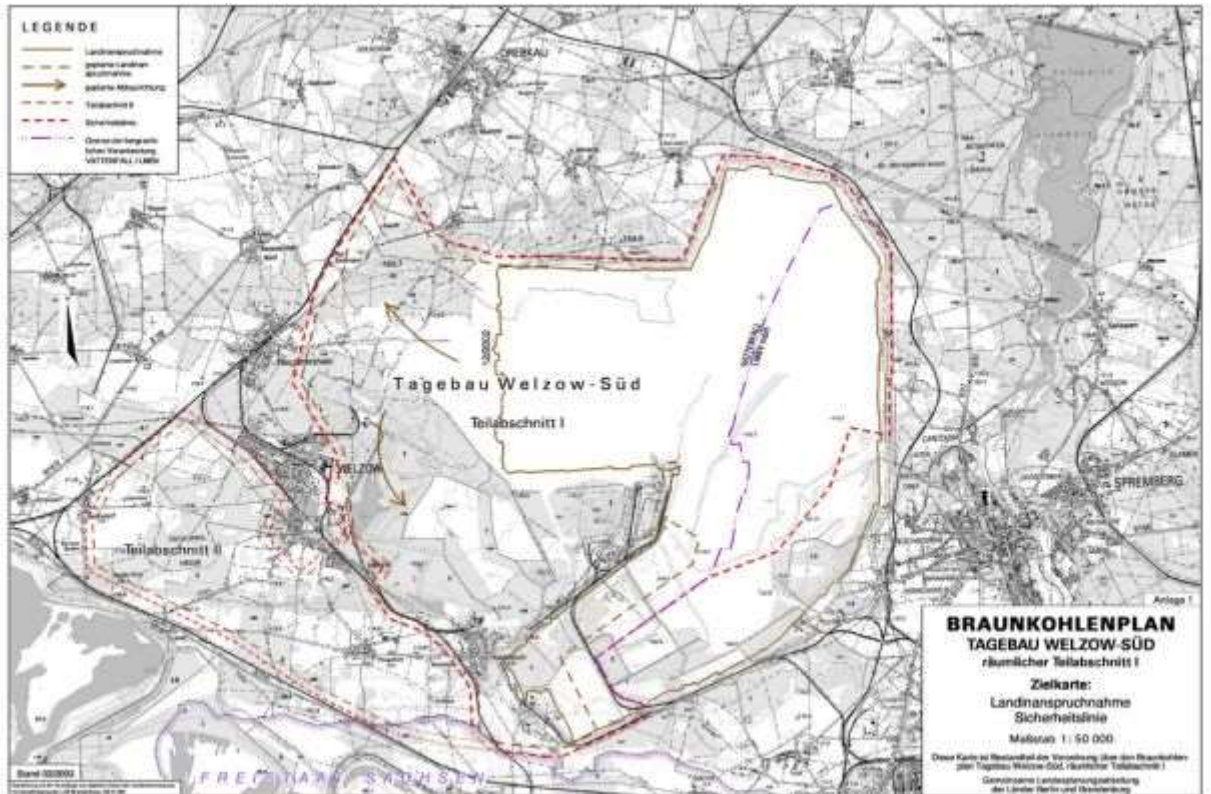
Doch auch die Erweiterungspläne für Welzow-Süd sind vorerst auf Eis gelegt. Drei Jahre lang will der neue Lausitzer Tagebau-Betreiber beobachten, wie sich die deutsche Energiepolitik weiter entwickelt. Vor allem der beschlossene Atomausstieg wird dabei eine wichtige Rolle spielen.

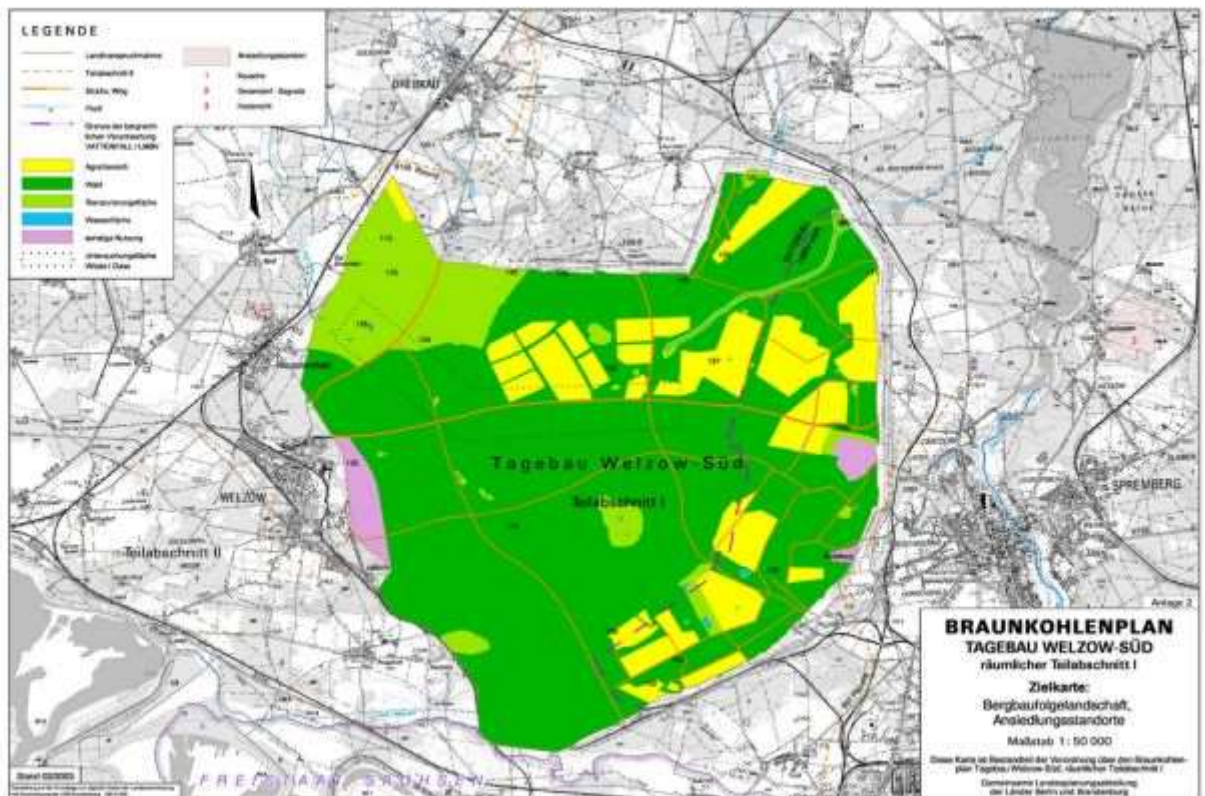
Sollte ab 2020 weiterer Bedarf an Braunkohle-Verstromung bestehen, könnten die Pläne für Welzow-Süd II jederzeit aus der Schublade gezogen werden, berichtet rbb-Reporterin Anke Blumenthal. Denn die **brandenburgische Landesregierung hat die Pläne für Welzow-Süd bereits genehmigt**. Die Menschen in **Welzow und Proschim** müssen also weiter ausharren, ohne zu wissen, wie es ab 2020 weitergeht. Wegen des Vattenfall-Ausstiegs hatten die Umsiedlungsverhandlungen bereits in den vergangenen drei Jahren auf Eis gelegen.

Insgesamt wäre nach dem zweiten Braunkohlenplan-Entwurf vom Juni 2013 (PDF) die Umsiedlung von 810 Menschen notwendig. In Welzow wären am südwestlichen Stadtrand auch der Liesker Weg und der Wiesenweg betroffen. Der WSV Borussia Welzow verlöre

seinen Fußballplatz. In Proschim würden noch weitere Konsequenzen drohen, denn ein Teil des Ortes ist als sorbisches Siedlungsgebiet ausgewiesen. Kultur und Traditionen müssen bei Neuansiedlung an einem anderen Ort berücksichtigt werden.

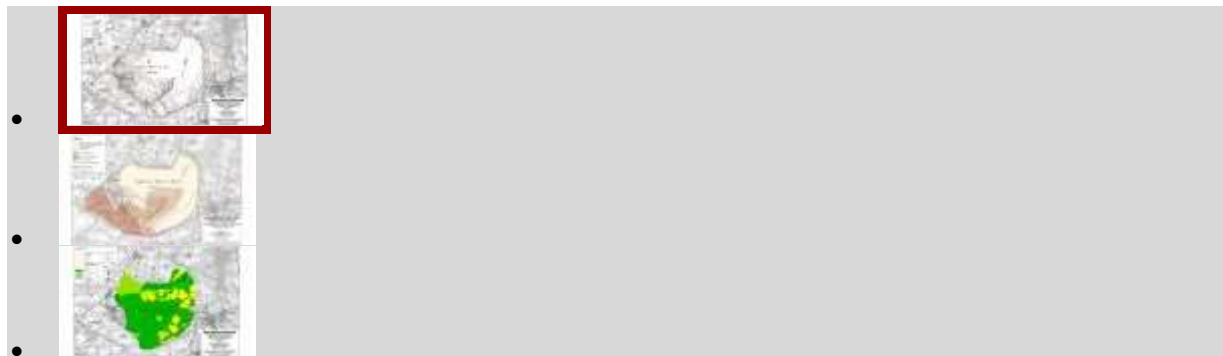
Überblick: Braunkohleplan Welzow Süd II





Play Fullscreen

Vattenfall hatte als Bergbau-Betreiber eine Genehmigung für den Teilabschnitt I - dort werden 20 Millionen Tonnen Braunkohle pro Jahr abgebaut. Seit Herbst 2016 ist nun die Vattenfall-Nachfolgerin LEAG dort aktiv.



Jede zehnte Kilowatt-Stunde kommt aus der Lausitz

Auch für den sächsischen Teil der Lausitz hat die LEAG am Donnerstag ihre Pläne bekanntgegeben. Demnach wird der **Tagebau Nochten nur zum Teil ausgekohlt**. Statt der möglichen 300 Millionen Tonnen Braunkohle sollen nur 150 Millionen Tonnen gefördert werden. **Die Grube Nochten soll um ein Sonderfeld erweitern - etwa 200 Einwohner wären von einer Umsiedlung betroffen**. Im sächsischen Eichwalde war von vornherein keine Erweiterung geplant.

Seit dem 30. September 2016 gehört das Braunkohlerevier der Lausitzer Energie AG, einem Konsortium, das im Besitz des tschechischen EPH-Konzerns ist. EPH ist einer der führenden

Energieversorger in Ost- und Mitteleuropa. Seit 2009 gehört der Energie- und Industrieholding bereits die MIBRAG im Mitteldeutschen Revier.

Einheimische protestierten jahrelang gegen Abaggerung

Im gesamten Revier werden jährlich rund 60 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert. Die LEAG ist zugleich auch das größte Industrieunternehmen in Brandenburg. Unlängst hatte das Unternehmen angekündigt, noch im Frühjahr über die Aufschließung neuer Tagebaue zu entscheiden. Am Freitag soll auch die Belegschaft über den neuen Revierplan informiert werden.

In den drei Dörfern Grabko, Atterwasch und Kerkwitz wären hunderte Bewohner von der Abaggerung betroffen gewesen.

Viele von ihnen protestierten daher in den vergangenen Monaten ganz offen gegen die im Raum stehenden Pläne. In ihren Vorgärten hingen sie Plakate auf, mit denen sie ihren Widerstand zum Ausdruck brachten; auch an Bäumen, Straßenlaternen und Zäunen befestigten sie Transparente. Die Kernaussage der Botschaften: Keine Landschafts- und Heimatzerstörung zugunsten von Profit. Erst Anfang Januar hatten die Anwohner einen weiteren Sternmarsch gegen den drohenden Abriss ihrer Siedlungen organisiert.

"Das ist unsere Heimat, die kann uns jetzt niemand mehr nehmen"

Am Donnerstagabend nun herrschte Erleichterung bei den Einheimischen. Die Entscheidung der LEAG sei "ein längst überfälliger Schritt" gewesen, sagte Andreas Stahlberg von der Gemeinde Schenkendöbern dem rbb-Nachrichtenmagazin Brandenburg aktuell. Dieser Meinung ist auch Monika Schulz-Höpfner. Die erklärte Kohlegegnerin hatte jahrelang gegen die Erweiterungspläne gekämpft. "Zehn Jahre Verunsicherung haben heute, hoffe ich jedenfalls, ein Ende gefunden", sagte die Atterwascherin, und ein Nachbar ergänzt: "Ich bin echt froh, dass ich meinen Kindern jetzt sagen kann: 'Jungs, wir können hier wohnen bleiben. Das ist unsere Heimat, und die kann uns jetzt niemand mehr nehmen'."

An der Braunkohle hängen mindestens 8.000 Arbeitsplätze

Doch es gibt auch viele Menschen, die sich für die Braunkohle einsetzen, denn im Süden Brandenburgs hängen immerhin rund 8.000 Arbeitsplätze an der Kohle - weitere 12.000 sind indirekt von der Braunkohleförderung abhängig. Für die 8.000 Kumpel, darunter 600 Auszubildende, besteht bis 2020 Kündigungsschutz. Anschließend könnte die LEAG aufgrund der Altersstruktur nach eigenen Angaben Arbeitsplätze auch sozialverträglich abbauen, also zum Beispiel über Vorruhestandsregelungen. Im Augenblick sind zwei Drittel der Belegschaft laut LEAG über 46 Jahre alt, davon ist ein Viertel über 56.

Im Streit für und wider die Braunkohle spielt auch die Bundesregierung eine wichtige Rolle. So sah der "Klimaschutzplan 2050" zunächst ein komplettes Verbot der Braunkohle-

Verstromung vor. Erst nachdem die Landesregierungen von Brandenburg und Sachsen interveniert hatten, wurden die Pläne überarbeitet. Fest steht aber: spätestens 2050 ist Schluss mit der Kohleverstromung in der Lausitz. Und zahlreiche Kraftwerke werden bald nur noch als "Reserve" für Engpässe betrieben. Im Oktober 2018 sollen in Jänschwalde bereits erste Generatoren stillgelegt werden, ein Jahr später folgen weitere – eine jahrelange Forderung von Umweltschützern.

Das Energieunternehmen LEAG ist seit Herbst 2016 neuer Betreiber des Braunkohlereviere in der Lausitz, davor gehörten die Gruben dem schwedischen Staatskonzern Vattenfall. Derzeit wird in der Lausitz in vier Gruben Braunkohle gefördert.